

„Ortsdurchfahrt eine Rennstrecke“

Gemeinderat Opel fordert Tempolimit und Ampel – Experten lehnen Vorschläge ab – Nun kommen Geschwindigkeitsmessgeräte

GLASHÜTTEN
Von Dieter Jenß

Gleich mehrere Vorschläge zur Sicherheit von Schul- und Kindergartenkindern beim Überqueren der durch Glashütten führenden Staatsstraße unterbreitete Gemeinderat Andreas Opel (CSU) in einem schriftlichen Antrag an Bürgermeister Sven Ruhl.

Um es vorwegzunehmen: Die bei der Sitzung des Gemeinderates vorgelegten Ergebnisse einer Verkehrsschau Mitte August 2020 mit Vertretern von Staatlichem Bauamt Bayreuth, Polizeiinspektion, Landratsamt, Verwaltungsgemeinschaft Mistelgau und Bürgermeister Ruhl waren nicht im Sinne

von Opel. Denn sowohl einer Querungshilfe über die Bayreuther Straße und damit der Staatsstraße als auch einer Ampelanlage, ebenso einer Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 km/h erteilten die Fachleute eine Absage.

Zum Antrag von Opel: Darin spricht der Gemeinderat die Gefahren für Kinder aus der Kita auf dem Weg in die Mehrzweckhalle, als auch der Kinder, die täglich von der Grundschule zur Hausaufgabenbetreuung in die Kita laufen, an. Viele Eltern, so Opel, ließen ihre Kinder den Weg nicht mehr zu Fuß laufen. Grund ist die von vielen

Fahrern nicht eingehaltene Höchstgeschwindigkeit durch den Ort. Um die Gefahr beim Überqueren der Staatsstraße zu minimieren, beantragte er zum einen, ähnlich wie in Mistelbach, die Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo 30 im Bereich der Einfahrt Tannenweg und Hirtenstraße. Der Bürgermeister möge bei der Polizei darauf einwirken, dass mehr Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden, „nachdem viele Verkehrsteilnehmer die Ortsdurchfahrt als Rennstrecke nutzen“.

Tempokontrolle von privatem Anbieter

Sollte eine verstärkte Kontrolle durch die Polizei abgelehnt werden, regt Opel an, einen privaten Anbieter von Geschwindigkeitskontrollen, wie in der Gemeinde Ahorntal, einzusetzen. „Wir sollten handeln, bevor irgendwann etwas passiert“, so der Gemeinderat.

Über das Ergebnis der Verkehrsschau wurde im Gremium eifrig diskutiert. Die Experten vertraten dabei die Ansicht, dass nur eine Überquerung der Staatsstraße, kommend von der Flurstraße, zur Schlossstraße zum Kindergarten, wie von der Gemeinde beim Amtshilfeersuchen angegeben wurde,



Abgelehnt wurde von den Fachleuten bei einer Verkehrsschau eine Ampelanlage an der Kreuzung Flurweg/Schlossstraße und damit im Bereich der durch Glashütten führenden Staatsstraße. Nun sollen Geschwindigkeitsmessgeräte eingesetzt werden, beschloss der Gemeinderat.

Foto: Dieter Jenß

infrage käme. Ein Zebrastreifen, so ist der Niederschrift der Verkehrsschau zu entnehmen, sei für kleinere Kinder keine sichere Querungshilfe. Kinder, vor allem im Grundschulalter, könnten die Geschwindigkeit der Fahrzeuge und das Verhalten der Fahrer nicht ein-

schätzen. Sie handelten impulsiv und schwer berechenbar. Eine Ampelanlage benötigt wiederum auf beiden Seiten eine Anbindung durch einen Gehweg und entsprechende Aufstellflächen, so die Fachleute. Dafür sei der Platz an der Kreuzung Flurweg/Schlossstraße

zu eng. Eine weitere Möglichkeit wäre der Einsatz von Verkehrshelfern an einem gesicherten Übergang.

Dafür müsste eine Furt markiert und der Übergang entsprechend beschildert werden. Die Gemeinde müsste dazu Bürger finden, die be-

reit sind, sich als Verkehrshelfer zu engagieren. Die Ausbildung erfolgt durch die Polizei und dauert rund vier Stunden.

Nachdem die Kindergartenkinder bereits durch ihre Erzieherinnen begleitet werden, müsste nur die Zeit mittags abgedeckt werden, so die Fachleute, die auch einer Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo 30 eine Absage erteilten, da dies unter anderen nur im Bereich von Schulen oder Kindergärten mit direktem Zugang zur Staatsstraße infrage käme.

In der Diskussion wies Gertrud Langhirt (AFW) darauf hin, dass nach ihren Erfahrungen nur wenige Kinder die Staatsstraße überqueren müssen. Weil viele Eltern, so Andreas Opel als Antwort auf den Einwand, ihren Kindern wegen „durch den Ort bretternder Lkw“ verbieten, die Staatsstraße zu überqueren. Außerdem müsste viel mehr geblitzt werden, so Opel. Schließlich brachte Werner Schubert (AFW) den Vorschlag, bei der Verwaltungsgemeinschaft Mistelgau angesiedelte, aufstellbare Geschwindigkeitsmessgeräte einzusetzen.

Dies fand im Gremium große Zustimmung. Ebenso die Ergänzung von Herbert Zeilmann (AFW), nach Ablauf von vier Wochen genaue Ergebnisse zu erfahren.